



ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN FRIEDENSGESELLSCHAFT

Frieden ist machbar!



▲ Mit der Aktion für eine atomwaffenfreie Welt trugen Friedensaktivisten vor der US-Botschaft am Brandenburger Tor den Konflikt zwischen US-Präsident Donald Trump und dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong Un symbolisch aus und forderten »die Waffen nieder!«
Foto: Michael Schultze von glaser

Es ist kein Zufall, dass zwei Österreicher*innen, Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried (beide spätere Friedensnobelpreisträger*innen) die Initiative zur Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) am 9. November 1892 ergriffen. Im Deutschen Kaiserreich unter Wilhelm II. dominierten militärische Werte in Politik und Gesellschaft; die Herrschenden strebten nach der Weltmacht.

GUIDO GRÜNEWALD, BONN

Dem vorherrschenden Glaubenssatz – Krieg sei eine Naturnotwendigkeit im Kampf ums Dasein – setzten die Pazifisten Ende des 19. Jahrhunderts unerhörte Einsichten entgegen: Krieg ist Menschenwerk und kann abgeschafft werden. Krieg und Konflikt sind nicht identisch; Konflikte können ohne Gewaltanwendung auf rechtlicher Grundlage ausgetragen und gelöst werden. Pazifisten sind keine Fantasten, die von einem Paradies ohne Konflikte träumen: Sie streben vielmehr nach einer internationalen Rechtsordnung, in der Konflikte rechtsförmig geregelt werden.

Mittel zur Herbeiführung einer derartigen Rechtsordnung waren aus Sicht der Pazifisten Schiedsgerichte und ein internationaler Gerichtshof, Vermittlungsmissionen in aktuellen Konflikten, europäische Zusammenarbeit und eine internationale Staatenkonföderation. Völkerbund und UNO gehen auf pazifistische Ideen zurück. Der Historiker und langjährige DFG-Vorsitzende Ludwig Quide – er hatte seine Karriere wegen einer Satire auf Wilhelm II. aufgeben müssen – betonte, der Pazifismus sei vor allem auch eine ethische Bewegung: Friede müsse gestiftet, das heißt gemacht werden.

Zunächst unpolitisch, mischten sich die Pazifisten ab 1905 in die Tagespolitik ein, prangerten Militarismus, Nationalismus und Kriegsetzungen an und verlangten gleichgewichtete Abrüstungsschritte. Sie verstanden sich als (die besseren) Patrioten, traten für Vaterlandsverteidigung im Angriffsfall ein und lehnten die Kriegsdienstverweigerung (KDV) ab. Mit ihren knapp 10.000 Mitgliedern blieb die finanziell stets klamme DFG vor 1914 politisch wie kulturell isoliert. Die linksliberalen Parteien waren schwach und zersplittert. Von der SPD trennte die Pazifisten der kulturelle Hintergrund und die vorherrschende marxistische Überzeugung, Frieden sei erst nach Überwindung des Kapitalismus möglich. Nationalisten und Militaristen diffamierten die Pazifisten als »Friedenschwärmer«, deren Ziel »der Niedermensch« sowie die »jüdische Weltherrschaft« seien.

Pazifismus-Verbot

Im 1. Weltkrieg wurde der DFG folgerichtig jede pazifistische Tätigkeit verboten, obwohl sie lange Zeit die Verteidigung gegen einen wahrgenommenen russischen Angriff befürwortete. Die Militärs

strebten mit Unterstützung des völkischen und militaristischen »Alldutschen Verbandes« und der Industrie einen Siegfrieden mit maßlosen Annexionen an. Der pazifistische Widerspruch gegen diese Bestrebungen sowie gegen die Verhetzung und Entmenschlichung der Gegner war ein Störfaktor. 1917/18 änderte die DFG wichtige Positionen: sie prangerte jetzt das Profitinteresse der Rüstungsindustrie an und forderte eine innenpolitische Demokratisierung als wichtige Voraussetzung für eine Friedenspolitik.

Nach dem Krieg kam es zu einer Annäherung an die SPD: circa 50 Prozent der Mitglieder der DFG (auf dem Höhepunkt 1926 waren es 30.000) waren sozialdemokratisch orientiert. Außerdem gab es Berührungen mit dem linksliberalen Flügel der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Die Pazifisten setzten sich für eine Verständigung mit Frankreich und Polen ein, für allgemeine Abrüstung (auch mental: »Abrüstung der Köpfe«) sowie für den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund und Stärkung desselben. Sie kämpften gegen die zunehmende Aufrüstung ab 1925 und bejahten jetzt das individuelle Recht auf KDV. Vor allem bekämpften sie die geheime Aufrüstung der Reichswehr. Die demokratiefeindliche Justiz überzog die Pazifisten – mit Billigung der Regierung – mit Landesverratsverfahren.

NS-Verfolgung

Die herrschenden Eliten lehnten die Republik größtenteils ab und arbeiteten langfristig auf einen Revanchekrieg hin. Für sie waren die Pazifisten der verhasste Feind, zumal diese bereits 1924 mit der Parole »Das Hakenkreuz ist Deutschlands Untergang« für Demokratiefreunden und Kriegstreibern warnten. Vor allem die »kämpferischen Pazifisten« des Westdeutschen Landesverbandes der DFG riefen die Deutschen zur geistig-moralischen Erneuerung auf; Voraussetzung dafür war für sie die Anerkennung der deutschen Kriegsschuld. Ihr Bemühen, den Nazis eine geschlossene pazifistische Kampfgemeinschaft entgegenzustellen, führte zur Abspaltung des gemäßigten Flügels und zu parteipolitischer Isolierung; Aufrufe an die Linksparteien zur Bildung einer einheitlichen Abwehrfront verhallten wirkungslos. In den Jahren der Diktatur verfolgte die Nazis die Pazifisten rigoros: sie erhielten Berufsverbot, wurden misshandelt, ins KZ eingeliefert, ausgebürgert; viele flohen ins Exil. Einzelne Pazifisten waren in Widerstandsgruppen aktiv.

Kontra Wiederbewaffnung - für Verständigung

Wie die DDR war auch die Bundesrepublik Frontstaat im bald nach 1945 beginnenden Kalten Krieg. Ein rigoroser Antikommunismus wurde für lange Jahre Bestandteil westdeutscher Staatsdoktrin. Die Pazifisten – die Mitglieder-

zahlen schwankten zwischen 8.000 und 16.000 – lehnten Wiederbewaffnung und eine Wehrpflicht ab. Sie traten für Verständigung mit dem Osten und Verhandlungen ein. Die DFG machte in Gesprächen mit dem Friedensrat der DDR Vorschläge für eine friedliche Wiedervereinigung sowie später für eine Konföderation. 1964-67 veranstaltete sie Friedensschifffahrten auf dem Rhein, bei denen mit Gästen aus Ost und West über ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem diskutiert wurde.

Interne Konflikte

1947 wurde die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) gegründet. Sie verband einen radikalen Pazifismus mit friedenspolitischen Aktivitäten. Die Organisationsstruktur war dezentral mit großer Autonomie der Ortsgruppen. Zentralistisch aufgestellt war dagegen der 1958 entstandene Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK). Er verstand sich zunächst als Interessenverband der KDVer, beteiligte sich aber dann an pazifistischen Aktionen gegen atmosphärische Atomtests und die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik. Die erste Sitzblockade einer Kaserne auf deutschem Boden wurde im März 1959 von der IdK organisiert. Mitglieder von IdK und VK riefen 1960 den ersten Ostermarsch ins Leben. Sie stellten vor Ort oft die organisatorische Infrastruktur zur Verfügung und protestierten frühzeitig gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg. Neben guter Zusammenarbeit gab es jedoch auch immer wieder Konflikte. Der VK war lange Zeit strikt antikommunistisch ausgerichtet, unter anderem, weil er auf Einfluss in der SPD hoffte. In der IdK gab es dagegen unterschiedliche Haltungen zu Gesprächen und Zusammenarbeit mit kommunistisch beeinflussten Organisationen:

- 1) strikte Ablehnung
 - 2) Zusammenarbeit ja, aber unter Benennung der Differenzen
 - 3) Anti-Antikommunisten.
- Sie scheuten aus Angst vor Beifall der falschen Seite vor Kritik an realsozialistischer Rüstung zurück. Ihr zunehmender Einfluss auf Bundesebene führte in der 1974 durch Fusion entstandenen Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigten KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) zu heftigen Diskussionen.

Recht auf Kriegsdienstverweigerung

Ungeachtet vielfältiger Repressionen (Berufsverbotsverfahren, Hausdurchsuchungen, Verbot von Demos und Materialien) blieb Abrüstung eine Hauptforderung der DFG-VK: Teilnahme an bundesweiten Demos und Protest gegen Neutronenbombe in den 1970er Jahren; Brückenschlag zur Ökologiebewegung 1980 durch die erste gemeinsame Demo gegen Atomwaffen und AKWs; Neubelebung der Ostermärsche 1982. In

der großen Bewegung gegen die NATO-Raketerrüstung setzte die DFG-VK eigene Akzente: Kampagne zur Bildung atomwaffenfreier Kommunen, Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm im Oktober 1983. Mehrere grenzüberschreitende internationale Aktionen gipfelten 1987 im Olof-Palme-Friedensmarsch, bei dem in offiziellen DDR-Demos erstmals die unabhängige Friedensbewegung ihre Parolen mitführen konnte.

Den härtesten Kampf führten die Pazifisten um das Recht auf KDV. Es war auf ihre Initiative zurückzuführen, dass in mehreren (Bundes-) Ländern vor 1949 ein unbegrenztes Recht auf KDV anerkannt wurde. In der Bundesrepublik musste die Existenz des Grundrechts (Art. 4,3 GG) erst einmal bekannt gemacht werden; noch in den 1970er Jahren war die Kenntnis auf dem Land gering. Als die Antragszahlen ab 1968 stark anstiegen, versuchten Militärs wie Regierung mit allen Mitteln, das Grundrecht einzuschränken: Verschärfung des Anerkennungsverfahrens, Repression im Ersatzdienst. Hunderte KDVer waren bei der Bundeswehr arretiert, weil sie den Schießbefehl verweigerten; es kam zu Selbsttötungen und Flucht ins Ausland. In zahlreichen großen Kampagnen gelang es den Pazifisten weitgehend, die Substanz des KDV-Rechts zu verteidigen.

Wenn heute eine Bevölkerungsmehrheit Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt, ist das auch auf die große Zahl der KDVer zurückzuführen, die nicht auf militärisches Denken konditioniert wurden. Wie vor 125 Jahren gilt auch heute: Frieden ist machbar, denn Krieg ist Menschenwerk und kann abgeschafft werden. Den Frieden herbeizuführen bedarf es allerdings der Mitarbeit vieler.

betterplace.org
 Diese Seite wurde mit 250 Euro von Gemeinschaften des KommuJa-Netzwerkes über betterplace.org finanziert.
 Vielen Dank.
 Mitmachen via betterplace.org/ip56276

ANZEIGE

SSM eBay-Shop
 DER SPIEGEL
 Wer rettet die SPD
 stores.ebay.de/ssmsale2012